

Gibt es „strukturellen Antisemitismus“?

Nachdem im vorigen Jahrhundert neben dem Fall der deutschen Mauer zahlreiche kommunistische Staaten volkswirtschaftlich zusammengebrochen waren, wurde es für marxistisch orientierte Sozialisten zunehmend schwieriger bis unmöglich, ihre Vorstellungen und Ziele in der Öffentlichkeit zu vertreten. Trotz aller Beteuerungen, dass die Zusammenbrüche nur der fehlerhaften Realisierung des Kommunismus geschuldet wären, war die Diskreditierung marxistischer Ökonomieauffassungen nicht mehr aufzuhalten. Neben der marxistischen gibt es aber im Wesentlichen nur noch eine alternative Ökonomieauffassung, die den Anspruch hat, den Kapitalismus korrekt und umfassend zu analysieren. Diese Alternative geht auf den Sozialphilosophen Silvio Gesell zurück und ist bekannt unter der Bezeichnung „Freiwirtschaftslehre“. Parteipolitisch wird die Freiwirtschaftslehre von der **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** vertreten.

Während nach marxistischer Auffassung die Basis des Kapitalismus im Privatbesitz an den Produktionsmitteln gesehen wird, verortet die Freiwirtschaftslehre neben dem Privateigentum an Grund- und Boden die Ursache des Kapitalismus in strukturellen Eigenschaften des herkömmlichen Geldwesens. Aufgrund dieser Auffassungsunterschiede wird nun eine pseudowissenschaftliche Argumentationskette gesponnen, um die Freiwirtschaftslehre mit reaktionären Inhalten zu verbinden, um ihr zu schaden. Die Grundlage dieser Kette unterstellt dabei eine „verkürzte Kapitalismuskritik“, weil die Ausbeutung durch die Produktionsmittelbesitzer bzw. Lohnarbeit nicht berücksichtigt würde, sozusagen ein „industrieller Mehrwert“ unangetastet bliebe. Dies würde durch eine Gegenüberstellung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus würde die Freiwirtschaftslehre alle negativen Erscheinungen einer kapitalistischen Gesellschaftsform allein denjenigen Menschen zuschreiben, die mit dem (Finanz)-Kapital identifiziert würden, welches im Prototyp des Spekulanten verkörpert sei. Weil seit Jahrhunderten eine Identifikation des (Finanz)-Kapitals mit dem Judentum stattfinden würde (und diese insofern immer „mitgedacht“ und auch „so verstanden“ werde), sei klar, dass „verkürzte Kapitalismuskritik“ immer eine „offene Flanke zum Antisemitismus“ besäße. Daher wäre es nicht erforderlich, dass die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** „offene antisemitische Positionen“ vertrete, sondern sei, da sie mit ihrer „Argumentationsstruktur“ antisemitische Parolen bediene, „strukturell antisemitisch“ und daher „anschlussfähig an Rechts“.

Die Unterscheidung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital geht von der Personifizierung von Kapital aus und ist von selbst so wenig „antisemitisch“ wie die marxistische Versachlichung von Kapital, welche hinsichtlich der Produktionsmittel ebenfalls eine Verkürzung darstellt. Vielmehr ist Kapital weder identisch mit dem Besitzer von Produk-

tionsmitteln noch mit dem Besitzer von Geldmitteln, so wenig wie das Produktionsmittel und auch das Geld an sich schon Kapital ist. Ob etwas in den „Adelsstand des Kapitals“ gehoben wird hängt im wirklichen Leben von dessen Knappheit oder genauer „eingeschränkten ökonomischen Verfügbarkeit“ ab.

So genannte Sach- oder Realkapitalien (Produktionsmittel, Mietshäuser, Infrastruktur usw.) stehen bedingt durch das herkömmliche Geldwesen in der Regel nicht ausreichend zur Verfügung. Weil sie für den eigenen Konsum nicht geeignet sind ist niemand so ohne weiteres bereit, für die Herstellung oder den Erwerb solcher Sachgüter etwas zu bezahlen; denn sie bieten privaten Haushalten keinen direkten Nutzen. Sach- oder Realkapitalien sind wirtschaftliche Güter, die nur dann und solange entstehen und gepflegt werden, wie Ersparnisse gebildet und aufrechterhalten werden.

Bedingt durch diese relative Knappheit der Sachkapitalien erlaubt deren wirtschaftlicher Einsatz (z.B. Wohnraumvermietung) einen besonderen Gewinn, der sich hinsichtlich seiner Höhe und relativen Unelastizität deutlich vom Unternehmerlohn- bzw. Gewinn unterscheidet und sich in seiner Höhe abzüglich eines Risikozuschlages sehr deutlich an dem Kapitalmarktzinssatz orientiert. Dieser Gewinn wird auch als Anlagezins des eingesetzten Kapitals bezeichnet und ist nichts anderes als der von Marxisten „aus der Produktionsphäre“ „fehl-“hergeleitete „Mehrwert“.

Dieser Mehrwert ist ein „Teil des Lohnes“ bzw. genauer gesagt ein „Teil des unverkürzten Arbeitserlöses“, z.B. bei dem Einsatz einer Produktionsanlage, der dem Arbeitnehmer vom Unternehmer „vorenthalten“ wird. Soweit die wirtschaftlich eingesetzten Sachgüter bzw. das Sachkapital einer Firma schuldenfrei sind, steckt sich der Unternehmer diesen Mehrwert in die eigene Tasche. Warum ist das möglich? Weil diese Kapitalgegenstände entsprechend knapp sind; und **nur** deshalb!

Insofern käme es einer Vorverurteilung gleich, den Unternehmer als den eigentlichen Ausbeuter anzusehen. So gibt es neben den gängigen Klischees den überschuldeten und den ganz oder zum Teil ausgebeuteten Unternehmer, der mehr schlecht als recht „über die Runden“ kommt und weniger behält als seine Angestellten, wie den vermögenden Arbeitnehmer, der neben seiner Arbeit noch leistungslose Einkünfte aus dem Geldverleih bezieht, die mitunter über seinen Einkünften aus Arbeit liegen.

Dass die Kapitalgegenstände aber auf Dauer knapp bleiben und im laufenden Betrieb für den Eigentümer einen besonderen Gewinn abwerfen, der z.B. bei den Wohnungsmieten bis zu 90 % betragen kann, ist dem Umstand geschuldet dass niemand bereit ist, zumindest nicht freiwillig, eigenes Geld für Kapitalgegenstände hinzugeben, die weniger Gewinn versprechen als eine vergleichsweise sichere Geldanlage bei einer Bank, und obendrein noch mit einem erhöhten Verlustrisiko behaftet sind.

Durch diesen Mechanismus der „Übertragung des Geldzinses auf das Sachkapital“ werden die Sachgüter überhaupt erst zu Kapital. Ökonomisch bedeutet dies, dass die Sachgüter –

genauer gesagt der „Einsatz dieser Sachgüter“ – immer so „begrenzt“ bleiben, dass ein Sachkapitalgewinn in der Höhe des Kapitalmarktzinses die ultimative Untergrenze für die wirtschaftliche Bereitstellung dieser Sachkapitalien bildet. Dieser Sachkapitalgewinn hat mit dem eigentlichen Unternehmergewinn bzw. Unternehmerlohn nicht das Geringste zu tun, auch wenn deren steuertechnische Behandlung identisch ist!

Im normalen Alltag sind diese Zusammenhänge weniger leicht durchschaubar, da ähnlich wie bei den privaten Haushalten auch auf der Ebene der Firmen und Betriebe im Zeitverlauf einer alternden Volkswirtschaft eine zunehmende „Eigentums“-Konzentration von Geld- sowie Sachvermögen stattfindet, so dass die „Kleinen“ im Vergleich zu den „Großen“ zunehmend „bluten“ müssen. So findet die **Umverteilung von unten nach oben** letztlich auf allen ökonomischen Ebenen statt und „keiner“ weiß, warum!

Auf diese Weise funktioniert die kapitalistische Ausbeutungs- bzw. Umverteilungsmechanik als solche fast geräuschlos und das Prinzip der leistungslosen Vermögensaneignungen wird auch von den meisten Menschen nicht direkt wahrgenommen! Bei unvoreingenommener Sicht der strukturbedingten wirtschaftlichen Kräfte, die diese kapitalistische Pervertierung des Marktes und damit soziale Fehlsteuerung der Gesellschaft erst hervorrufen, zeigt sich, dass eine willkürliche theoretische Trennung von „Zirkulations- und Produktionssphäre“ hinsichtlich der Ausbeutungsverhältnisse rein akademischer Natur und wenig hilfreich ist, die dahinter steckenden Mechanismen zu erkennen und zu durchschauen. Jedenfalls lässt sich aus offiziellen Zahlen ablesen, dass z.Zt. zumindest in der BRD ca. 45 % der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) als gegenleistungsloses Einkommen an die Kapitalbesitzer abgeführt werden; Tendenz steigend!

Auch wenn die Ausbeutungsproportionen in anderen Ländern der Welt andere sind, ist das dahinter stehende Prinzip überall identisch. Dieser Ausbeutungsmechanismus ist darüber hinaus auch unabhängig von Religion, Ethnien usw. Von dem privaten Eigentumsrecht an Produktionsmitteln sowie auch anderer Sachkapitalien ist dieser Ausbeutungsmechanismus ebenfalls völlig unbeeindruckt, wie die sozialistischen Versuche in vielen Ländern mit aller Tragik gezeigt haben, bei denen zwar der private Markt abgeschafft, aber die kapitalistischen Umverteilungsstrukturen versehentlich beibehalten wurden.

Wie die oben aufgezeigten Zusammenhänge verdeutlichen gab und gibt es in der Freiwirtschaftslehre weder Raum für eine „verkürzte Kapitalismuskritik“ noch für irgendeine Form des Antisemitismus. Da die Freiwirtschaftslehre über die **Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus** hinaus ein Konzept für ein soziales Bodenrecht enthält, kann von „Verkürzungen“ hinsichtlich einer ganzheitlichen Erfassung des kapitalistischen Systems gar keine Rede sein. Offensichtlich sollen diese Behauptungen von dem „offenen Antisemitismus“ ablenken, den sich Karl Marx in seinen Schriften geleistet hat, wie in dem äußerst aufwendig recherchierten Werk „Kommunisten zur Judenfrage“ von Edmund Silberner, Professor für moderne Zeitgeschichte an der Universität von Jerusalem, im Detail nachzulesen ist.

Selbstverständlich hat sich die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** mit dem Antisemitismus, also mit den Vorurteilen der Judenfeindlichkeit beschäftigt und weiß, dass diese Vorurteile besonders im Mittelalter geprägt wurden, als den Juden die Mitgliedschaft in den Handwerkszünften verweigert war, die katholische Kirche mit Zinsverboten operierte und den Juden die Münzherstellung sowie Inumlaufsetzung überlassen bzw. strukturell aufgezungen war. Die daraus resultierende „Sündenbockfunktion“ der Juden hat im Laufe der letzten Jahrhunderte dazu geführt, dass praktisch sämtliche wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in irgendwelchen „finanzpolitischen Machenschaften“ der Juden ihre letzte „Erklärung“ fanden und damit von den tatsächlichen Krisen-Ursachen ablenkten.

So war es keineswegs ein Zufall, dass sich Silvio Gesell, der Begründer der Freiwirtschaftslehre, schon 1892 veranlasst sah zu der Feststellung: „Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens.“ Der politische Einsatz für die Abschaffung „ungerechter Einrichtungen“ dürfte jedenfalls geeignet sein, Vorurteilen wie dem Antisemitismus ein Stück weit den Nährboden zu entziehen.

Bernd van Straelen

1. Vorsitzender des BV Düsseldorf